

Stand: 08.07.2026 20:39:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12792

"Zukunftsbranche aufbauen und Klimaziele erreichen - Bayerische Initiative für CO₂-Entnahme und Negativemissionen auf den Weg bringen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12792 vom 08.07.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Nicole Bäumler, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Martina Fehlner, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Zukunftsbranche aufbauen und Klimaziele erreichen – Bayerische Initiative für CO₂-Entnahme und Negativemissionen auf den Weg bringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- eine ressortübergreifende „Bayerische Strategie zur CO₂-Entnahme (Carbon Dioxide Removal, (CDR))“ zu erarbeiten, die ein breites Portfolio natürlicher und technischer Verfahren umfasst, auf den Potenzialen des Freistaates aufbaut und CO₂-Entnahme als eigene Säule neben – und ausdrücklich nachrangig zu – der Emissionsminderung im Bayerischen Klimaschutzprogramm verankert,
- dabei von Beginn an klar zwischen Emissionsvermeidung und tatsächlicher CO₂-Entnahme zu trennen, dementsprechend zu monitoren und verbindlich sicherzustellen, dass Negativemissionen zum Ausgleich unvermeidbarer Restemissionen dienen und nicht als Vorwand für die Fortführung vermeidbarer Emissionen („Greenwashing“) oder zur dauerhaften Absicherung bestehender fossiler Verfahren herangezogen werden,
- sicherzustellen, dass die Abscheidung und Speicherung von CO₂ aus fossilen Quellen (Carbon Capture and Storage, (CCS)) keine CO₂-Entnahme darstellt, sondern lediglich fossile Emissionen verhindert, und daher nicht zum rechnerischen Ausgleich von Restemissionen angerechnet werden darf,
- natürliche Kohlenstoffsinken in Land- und Forstwirtschaft stärker zu fördern – insbesondere klimaresilienten Waldumbau und (Wieder-)Aufforstung, Agroforstsysteme, humusaufbauenden Ackerbau sowie die Wiedervernässung von Mooren – und Land- und Forstwirte durch Beratung, Qualifizierung und Finanzierungshilfe stärker bei der Umsetzung zu unterstützen,
- auch technische Entnahmeverfahren voranzubringen – insbesondere die Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung (BECCS), die Pyrolyse zur Erzeugung von Pflanzenkohle (PyCCS), die direkte Abscheidung aus der Umgebungsluft (DACCS) sowie neue innovative Ansätze wie die künstliche Photosynthese und CO₂-bindende Baustoffe – und entsprechende Forschungs- und Pilotprojekte auszubauen,
- die Kreislaufwirtschaft zu stärken, indem Kohlenstoff dauerhaft in langlebigen Produkten wiederverwendet wird (z. B. via Carbon Capture and Utilization, CCU) und den Aufbau der für technische Verfahren notwendigen Infrastruktur – insbesondere für Transport und Speicherung von CO₂ – voranzutreiben,
- CO₂-Entnahme als Chance für einen neuen, zukunftsfähigen Wirtschaftszweig zu begreifen, der regionale Wertschöpfung, technologische Innovation und

- Arbeitsplätze sichert, sowie durch verlässliche Rahmenbedingungen und Förderstrukturen Investitions- und Planungssicherheit für Investoren herzustellen,
- sich auch auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass zügig eigene Strategien zur CO₂-Entnahme und Negativemissionen für unvermeidliche Restemissionen getrennt zu den jeweiligen Emissionsminderungszielen festgelegt und mit geeigneten Förderinstrumenten untermauert werden.

Begründung:

Mit der Verschiebung des bayerischen Klimaziels auf 2045 hat die Staatsregierung sich Zeit erkaufte – Zeit, die es vollumfassend zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes zu nutzen gilt. Eine bittere Wahrheit ist jedoch, dass sich einige wenige Emissionen selbst bei größter Anstrengung nicht gänzlich vermeiden lassen – etwa Lachgas und Methan aus der Landwirtschaft oder Emissionen aus der Zement- und Kalkindustrie und der Abfallwirtschaft. Solche unvermeidbaren Restemissionen lassen sich nur ausgleichen, indem der Atmosphäre aktiv und dauerhaft CO₂ entnommen wird (CDR). Vollständige Klimaneutralität ist nur durch zusätzlichen Aufbau von Methoden zur Erzielung von Negativemissionen erreichbar.

CO₂-Entnahme ist dabei kein Ersatz für Klimaschutz, sondern seine notwendige Ergänzung. Die Vermeidung und Minderung von Emissionen muss stets Vorrang haben, und CO₂-Entnahme darf niemals als Vorwand dienen, vermeidbare Emissionen aus Bequemlichkeit oder Kostengründen fortzuführen. Damit Negativemissionen nicht zum „Greenwashing“ werden und keine fossilen Verfahren zementieren, sind eine klare Trennung von Vermeidung und Entnahme sowie ein verlässliches Monitoring unerlässlich. Die Abscheidung von CO₂ aus fossilen Quellen (CCS) etwa verhindert nur, dass fossiles CO₂ in die Atmosphäre gelangt – sie entnimmt der Atmosphäre aber kein CO₂ und darf folglich nicht auf Restemissionen angerechnet werden.

Eine wirksame CO₂-Entnahme gelingt nur mit einem breiten Methodenportfolio aus natürlichen und technischen Verfahren, das Risiken streut und auf den Stärken Bayerns aufbaut. Der Freistaat verfügt über bedeutende Wald- und Mooregebiete sowie breite landwirtschaftliche Flächen. Natürliche Verfahren wie klimaresilienter Waldbau, Aufforstung, Agroforstsysteme, humusaufbauender Ackerbau und die Wiedervernässung von Mooren binden CO₂ und fördern zugleich Biodiversität, Boden- und Wasserschutz. Ergänzend stehen technische Verfahren wie die Bioenergie mit CO₂-Abscheidung und -Speicherung (BECCS), die Pyrolyse zur Pflanzenkohle (PyCCS) und die direkte Abscheidung aus der Umgebungsluft (DACCS) bereit. Mit seiner starken Forschungslandschaft ist Bayern hervorragend aufgestellt, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen.

CO₂-Entnahme ist zugleich eine wirtschaftliche Chance: Es entsteht eine neue, zukunftsfähige Branche mit regionaler Wertschöpfung, innovativen Technologien und Arbeitsplätzen. Verfahren wie die Herstellung von Pflanzenkohle, CO₂-bindende Baustoffe oder die stoffliche Nutzung von CO₂ (CCU) verbinden Klimaschutz mit Kreislaufwirtschaft, indem Kohlenstoff in langlebigen Produkten gebunden statt freigesetzt wird. Die Methoden sind weitgehend vorhanden – häufig fehlen jedoch die Strukturen: naturbasierten Verfahren mangelt es an Know-how und Finanzierung, technischen an Transport- und Speicherinfrastruktur. Damit private Investitionen ausgelöst werden, braucht es zudem verlässliche Rahmenbedingungen und langfristige Förderstrukturen. Hier kann und muss der Freistaat handeln – durch eine eigene CO₂-Entnahmestrategie, gezielte Förderung, Beratung und Qualifizierung, den Aufbau der notwendigen Infrastruktur und die frühzeitige Beteiligung der Betroffenen. So verbindet Bayern Klimaschutz mit Innovation und einem neuen Wirtschaftszweig – als Ergänzung, nicht als Ersatz konsequenter Emissionsminderung und frei von Greenwashing.